

Inhalt

Kapitel I: Zur Lehre von der juristischen Person	1
§ 1 Die Theorie der juristischen Person	1
I. SAVIGNYS Lehre von der juristischen Person	1
1. Die Einführung des Terminus „juristische Person“ in die Literatur durch GEORG ARNOLD HEISE	1
2. Die Lehre SAVIGNYS und ihr Mißverständnis als „Fiktionstheorie“	3
3. Die Entstehung der juristischen Person nach der Lehre SAVIGNYS	11
4. Die Problematik von Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit in der Lehre SAVIGNYS	13
II. Der Theorienstreit des 19. Jahrhunderts	15
III. Das Fehlen einer Stellungnahme des BGB zur Theorie der juristischen Person	19
IV. Der Theorienstreit nach dem Inkrafttreten des BGB	21
V. Das Fazit des Theorienstreits	25
§ 2 Unternehmen und juristische Person	31
I. Die vermögensmäßige Eigenberechtigung der Aktionäre als das Zentralproblem des Themas „Unternehmen und juristische Person“	31
II. Die Lehre von dem Unternehmen als Rechtsgegenstand	34
III. Die Formel vom „Unternehmen an sich“	37
IV. Die spätere Rechtsprechung des Reichsgerichts und die Aktienrechtsreform von 1937	41
V. Die Bemühungen von SIEBERT und FECHNER um eine Überwindung der Abstraktheit der juristischen Person durch den Begriff des Unternehmens	42
VI. Die Diskussion um eine Mitbestimmungs-Unternehmensverfassung	45
VII. Das als juristische Person verfaßte Unternehmen und das Personenunternehmen	48
1. Das Unternehmen als Rechtsgegenstand des Einzelkaufmanns oder der Personengesellschaft und die Identifikation des Unternehmens mit der juristischen Person	48
2. Das Recht der Kapitalgesellschaft als Unternehmensverfassungsrecht und die Mitbestimmung	50
3. Der Begriff des Unternehmensinteresses und das als juristische Person verfaßte Unternehmen	56
§ 3 Die Lehre vom Durchgriff	63
I. Grundsätzliches zu Lehre und Rechtsprechung	63
II. Der Durchgriff und die Zugehörigkeit der Mitglieder zu der juristischen Person als Wirkungseinheit	69
III. Die sogenannte Durchgriffshaftung	79
1. Rechtsprechung und Lehre zur Durchgriffshaftung	79
2. Die Problematik der Eigenkapital ersetzenden Gesellschafterdarlehen	84
3. Die Haftung des Gesellschafters für eigenes Handeln oder Verhalten	85
IV. Die Durchgriffslehre und das Steuerrecht	90
Kapitel II	95
§ 4 Arten der juristischen Person	95
I. Die unterschiedlichen Arten der juristischen Person des privaten und des öffentlichen Rechts	95
II. Der Idealverein und der wirtschaftliche Verein	103
1. Grundsätzliches zur Abgrenzung des Idealvereins und des wirtschaftlichen Vereins	103
2. Das Nebenzweckprivileg	111

III. Die Einmann-Kapitalgesellschaft	114
IV. Die abhängige juristische Person	118
V. Die Stiftung	130
1. Arten der Stiftung	130
2. Die staatliche Genehmigung und die Stiftungsaufsicht	134
3. Das Stiftungsgeschäft	139
Kapitel III: Entstehen und Ende der juristischen Person	142
§ 5 Die Gründung der juristischen Person und die „werdende“ juristische Person	142
I. Die Gründung der juristischen Person und der Begriff der werdenden juristischen Person als Abkürzung für die Umschreibung des Rechtszustandes des Gründungsstadiums	142
II. Das Gründungsstadium der Stiftung	146
III. Die werdende körperschaftliche juristische Person des Privatrechts	148
1. Grundsätzliches	148
2. Das innere Recht der Gründergemeinschaft	157
3. Die Rechtsstellung der Gründergemeinschaft nach außen	160
4. Die Rechtsverhältnisse des Gründungsstadiums und die vollendete juristische Person	166
IV. Die Einmanngründung einer Kapitalgesellschaft	169
1. Grundsätzliches zur gesetzlichen Regelung der GmbH-Einmanngründung	169
2. Die Einmann-GmbH-„Vorgesellschaft“ als Sondervermögen in der Gleichstellung mit der Mehrpersonen-Gründung	172
§ 6 Das Ende der juristischen Person	176
I. „Auflösung“ und Ende der juristischen Person	176
II. Der Wegfall aller Mitglieder der körperschaftlichen juristischen Person	184
Kapitel IV: Vereinsautonomie und Mitgliedschaft	189
§ 7 Die Vereinsautonomie in der Bezogenheit auf die Mitglieder	189
I. Die Mitgliederversammlung als autonomes Organ zur Ausübung der Vereinsautonomie	189
1. Die Mitgliederversammlung als einziges autonomes Organ	189
2. Die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung in Ausübung der Vereinsautonomie für die Selbstverwaltung der Vereinsangelegenheiten und die Delegation dieser Zuständigkeit auf andere Organe	190
3. Die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliederversammlung zur Ausübung der Satzungsautonomie	193
4. Die Besonderheit der den Religionsgemeinschaften zuzuordnenden Vereine	199
II. Das Stimmrecht der Mitglieder als „Befugnis, bei der Herstellung des Willens für die Körperschaft mitzuwirken“	201
1. Die Stimmrechtsausübung des Mitglieds als autonome Betätigung der auf die Mitglieder bezogenen Vereinsautonomie und die Unzulässigkeit der Stimmrechtsabspaltung	201
2. Die Problematik des Mehrheitsprinzips	208
III. Die Stimmrechtsausübung in Verfolgung eines Sondervorteils	213
IV. Beschlüsse ohne Rücksicht auf das Interesse der juristischen Person	217
V. Der Stimmrechtsausschluß	219
1. Die Regelung des Stimmrechtsausschlusses in der Begrenzung der autonomen Mitwirkung des Mitglieds an der Herstellung des Willens für die juristische Person als institutioneller Bestandteil des Rechts der Vereinsautonomie	219
2. Die Tatbestände des Stimmrechtsausschlusses	220
3. Die Unabdingbarkeit des Stimmrechtsausschlusses	224

4. Zur Problematik der Beseitigung des Stimmrechtsausschlusses nach Aktienrecht betreffs der Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte	226
5. Der Stimmrechtsausschluß betreffs der Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte als Regelung vornehmlich für die GmbH	228
6. Kein Stimmrechtsausschluß bei Organwahlen und den anderen Stimmabgaben, bei denen die Mitglieder für sich in Ausübung eines Eigenrechts tätig werden	229
7. Der Stimmrechtsausschluß nach § 47 Abs. 4 S. 2 GmbHG im GmbH-Konzernrecht	232
8. Der Stimmrechtsausschluß des Vertreters und das Fehlen der Vertretungsmacht des Vertreters nach § 181 BGB	236
VI. Die Stimmrechtsbindung	240
VII. Stimmabgabe und Beschluß	248
1. Die Stimmabgabe als Willenserklärung	248
2. Die Frage der Einheitlichkeit der Stimmabgabe	250
3. Keine Sondernormen über Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit von Vereinsbeschlüssen im Unterschied zum Aktienrecht und der entsprechenden Anwendung des Aktienrechts im GmbH-Recht	251
4. Die Beschränkung der Geltendmachung der Nichtigkeit von Vereinsbeschlüssen, insbesondere bei Nichtigkeit einzelner Stimmabgaben	253
§ 8 Die Mitgliedschaft	258
I. Die Mitgliedschaft in der juristischen Person als Rechtsverhältnis des Mitglieds zur juristischen Person und Teilhabe an der juristischen Person als Verbandsperson aufgrund der Satzung der juristischen Person im Unterschied zur Mitgliedschaft in einer Personengesellschaft als einem Personenverband, nämlich einem Rechtsverhältnis der Gesellschafter zueinander und zur Gesellschaft aufgrund des Gesellschaftsvertrages	258
II. „Sonderrecht“ und Mitgliedschaftsrecht und das Gewinnrecht als Teil des Mitgliedschaftsrechts des Gesellschafters der Kapitalgesellschaft	271
III. Begründung und Ende der Mitgliedschaft	276
IV. Die Mitgliedschaft in der juristischen Person und das Vermögen der juristischen Person	283
1. Der Verein des BGB	283
2. Die Problematik der Vermögensbindung und der verdeckten Gewinnausschüttung in der Kapitalgesellschaft	285
a) Die Vermögensbindung	285
b) Der Tatbestand der verdeckten Gewinnausschüttung	286
c) Die Frage der Gültigkeit des Geschäfts der verdeckten Gewinnausschüttung	290
d) Die unterschiedliche Problematik des Schutzes der Mitgesellschafter gegen eine verdeckte Gewinnausschüttung an den Mehrheitsgesellschafter bei AG und GmbH	293
e) Der Anspruch der GmbH wie der AG auf Rückgewähr des durch die verdeckte Gewinnausschüttung erlangten Sondervorteils	294
f) Die Frage eines Schadenersatzanspruchs der Gesellschaft	296
g) Ansprüche der Mitgesellschafter bei einer verdeckten Gewinnausschüttung an einzelne Gesellschafter	298
V. Die actio pro socio als Mitgliedschaftsklage des Mitglieds einer juristischen Person	300
1. Grundsätzliches	300
2. Die actio pro socio als Mitgliedschaftsklage in Hinsicht auf einen Anspruch der juristischen Person und auf Leistung an die juristische Person	302
3. Die Mitgliedschaftsklage zur Geltendmachung eigener Schadenersatzansprüche	306
4. Die Feststellungs- und Unterlassungs- oder Wiederherstellungsklage gegenüber verfassungswidrigem Handeln der Organe der juristischen Person aufgrund eines Individualklagerechts des Mitglieds in Ergänzung der Nichtigkeits- und Anfechtungsklage	309

§ 9 Die Verfassung der körperschaftlichen juristischen Person des Privatrechts und die Problematik der Vereinsautonomie, Vereinsgewalt und Vereinsstrafe	315
I. Die Satzung als rechtsgeschäftliche Regelung	315
II. Der Inhalt der Satzung	323
III. Vereinsautonomie und Vereinsgewalt	328
IV. Die Problematik der Vereinsstrafgewalt	332
Kapitel V: Die Verwirklichung der juristischen Person durch ihre Organe	340
§ 10 Der Vorstand als das Handlungsorgan, das die juristische Person gerichtlich und außergerichtlich vertritt	340
I. Bestellung und Abberufung des Vorstands und das Rechtsverhältnis zwischen Vorstand und juristischer Person	340
1. Die Zuständigkeit zu Bestellung und Widerruf der Bestellung und die Rechtsakte der Bestellung und des Widerrufs	340
2. Das Nebeneinander von organschaftlichem und vertraglichem Rechtsverhältnis zwischen Vorstand und juristischer Person	345
3. Der Anstellungsvertrag in der Beschränkung des Widerrufs der Bestellung und der Sicherung des Bereichs der Geschäftsführungsbefugnis	347
4. Entlastung und Entlastungsverweigerung als Rechtsfiguren des Rechts der juristischen Person	351
II. Die rechtliche Stellung des Vorstands als Organ der juristischen Person	357
1. Der Vorstand als Vertretungs- und allgemein als Handlungsorgan	357
2. Die Vertretungsmacht des Vorstands	358
a) Die organschaftliche Begründung der Vertretungsmacht und der Inhalt der Vertretungsmacht	358
b) Die Ermächtigung des gesamtvertretungsberechtigten Vorstandsmitglieds zur Einzelvertretung	361
c) Die Erteilung einer Generalvollmacht für die juristische Person durch den Vorstand	364
d) Die Grenzen der Vertretungsmacht des Vorstands und der Mißbrauch der Vertretungsmacht	369
§ 11 Die juristische Person und ihre Organe	377
I. Die Handlungsfähigkeit für die juristische Person durch ihre Organe	377
II. Gesetzliche Regelung und Satzungsautonomie für die Bestellung der Organe	379
III. Die Haftung der juristischen Person für ihre Organe	381
1. Die Gesetzesmaterialien zu § 31 BGB	381
2. Die Haftung der juristischen Person nach § 31 BGB und die Organtheorie	384
3. Die Haftung nach § 31, § 278 BGB und die Vertretung ohne Vertretungsmacht	388
4. Die analoge Anwendung des § 31 BGB auf den nicht rechtsfähigen Verein und die Personengesellschaften	393
5. Das Nebeneinander der Regelungen von §§ 31, 278 BGB	395
IV. Die Zurechnung des Wissens und Kennenmüssens des Mitglieds des Vertretungsorgans der juristischen Person an die juristische Person	398
V. Die Organe und Organmitglieder, ihr Verhältnis zueinander und zur juristischen Person und die Problematik des Organstreits	405
Sachregister	409
Entscheidungsregister	412